Aus dem neuesten Rundbrief der GWPF vom 7. November 2018

1.) Wähler in Washington lehnen zum zweiten Mal eine Kohlenstoff-Steuer ab

Die Wähler in Washington hatten über eine Maßnahme zu entscheiden, welche von einer großen Koalition linker Gruppen gestützt wurde, nämlich die Besteuerung von Kohlendioxid-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Treibstoffe in ihrem Staat. Die Maßnahme mit der Bezeichnung Initiative 1631 ist der dritte Versuch, eine Kohlenstoffsteuer in Washington State einzuführen. Die Wähler hatten einer ähnlichen Maßnahme bereits im Jahre 2016 eine Abfuhr erteilt, und eine Gesetzgebung bzgl. einer Kohlenstoffsteuer ist schon Anfang 2018 gescheitert. – Michael Bastasch, The Daily Caller, 7. November 2018 (paywalled)

2.) Ein schlechter Tag für grüne Republikaner: Im Klima-Ausschuss erleiden Sie eine Serie von Wahlschlappen

Der Republikaner aus Florida Carlos Curbelo, welcher eine Kohlenstoff-Steuer befürwortet, war unter den Verlierern der Republikaner im Weißen Haus, welche Teil eines Volksentscheids bzgl. politischer Maßnahmen gegen globale Erwärmung waren.

Curbelo gestand seine Niederlage gegen die Kandidatin der Demokraten Debbie Mucarsell-Powell am Dienstag ein. Konservative sagen, dass die Schlappe von Curbelo, der als ein „Führer" der Republikaner bzgl. globale Erwärmung bezeichnet wird, zeigt, dass Kohlenstoffsteuern nach wie vor „politisch giftig" sind. – Michael Bastasch, The Daily Caller, 7.November 2018

3.) Klimawandel ist aus den Köpfen der Wähler verschwunden

Das Thema Klimawandel geht bei den Wählern unter in anderen Prioritäten, und eine breite Mehrheit sagte, dass dieses Thema ihre Wahl nicht beeinflussen werde. Im besten Falle ist Klimawandel eines von vielen Themen im Bewusstsein der Wähler, welche bei ihrer Wahl eine Rolle spielen. Im schlimmsten Falle hat es überhaupt nichts mit dem Wählerverhalten zu tun, wie aus einer Umfrage von Reuters hervorgeht. – John Siciliano, The Washington Examiner, 6. November 2018

4) Erneuerbare-Energie-Initiative von Tom Steyer scheitert in Arizona

Einer Initiative bzgl. erneuerbarer Energie haben die Wähler am Dienstag eine

Absage erteilt. Dies ist ein schwerer Schlag gegen Umweltaktivisten, die gehofft hatten, in dem Staat die Entwicklung von Wind- und Solar-Ressourcen voranzutreiben.

Proposition 127, eine Erneuerbare-Energien-Initiative in Arizona, haben die Wähler ABC Arizona zufolge am Dienstag eine deutliche Abfuhr erteilt. Allgemein wurde erwartet, dass sich dieser Vorschlag am Wahltag in Schall und Rauch auflöst.

Trotz Millionen Dollar, welche der linke Aktivist Tom Steyer locker gemacht hatte, ist Proposition 127 in den Wahlkabinen abgelehnt worden. Die Initiative hätte von den Versorgungsunternehmen des Staates [Arizona] verlangt, bis zum Jahr 2030 50% des gelieferten Stromes aus erneuerbaren Energiequellen wie Wind und Solar zu erzeugen. Wäre die Initiative erfolgreich gewesen, hätten die Vorschriften bzgl. erneuerbarer Energie dramatisch zugenommen. Gegenwärtig lautet die Gesetzgebung auf 15% bis zum Jahr 2025.